

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Zur Debatte steht: Eine Bereinigung deutsch-niederländischer Streitfragen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1957) : Zur Debatte steht: Eine Bereinigung deutsch-niederländischer Streitfragen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 3, pp. 127-128

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132431>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Unser Handel mit der arabischen Welt

Die Bedeutung der Deutschen Industrie-Ausstellung in Kairo

Kairo, den 10. März 1957

Die Deutsche Industrie-Ausstellung 1957 in Kairo ist eine Veranstaltung, deren Bedeutung nicht nur für Ägypten, sondern auch für den gesamten arabischen Raum außer Frage steht. Die Tatsache allein, daß etwa 400 deutsche Firmen auf der Ausstellung vertreten sind, zeigt, daß es sich um eine Manifestation der deutschen Industrie handelt, wie sie bisher in diesem Raum noch nicht stattgefunden hat. Alle arabischen Länder befinden sich heute in einer Periode des wirtschaftlichen Aufbaus, es werden neue Industrien gegründet, neue Methoden der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion angewendet und neue Verkehrseinrichtungen geschaffen. Die arabischen Länder brauchen hierzu die Hilfe des Auslands. Die deutsche Industrie ist heute, nach ihrer fast völligen Zerstörung durch den Krieg, wieder in der Lage, ihre Leistungsfähigkeit zu zeigen und diese Länder mit allem zu versorgen, was sie für den Aufbau ihrer Wirtschaft brauchen, und zwar mit Erzeugnissen in der von altersher bekannten Qualität und zu günstigen Bedingungen. Neben den der Produktion dienenden Gütern sind es aber auch Konsumwaren, die von ihr für den speziellen Bedarf der arabischen Welt im Hinblick auf eine Erhöhung des Lebensstandards der Völker in steigendem Maße geliefert werden können.

Die Ausstellung dient dazu, einen Ausschnitt der deutschen industriellen Produktion zu zeigen und den Besuchern die Möglichkeit zu geben, sich durch persönlichen

Augenschein eine Meinung von den Möglichkeiten zur Deckung ihres Bedarfs zu bilden und sich entsprechende Anregungen geben zu lassen. Die Ausstellung ist ein lebender Katalog für die industriellen Unternehmer, die Landwirte, die Verkaufsfachleute und die Verbraucher im arabischen Raum.

Der Warenaustausch der Bundesrepublik mit den Ländern des Mittleren Ostens ist dauernd im Steigen begriffen, und seinen Entwicklungsmöglichkeiten sind praktisch keine Grenzen gesetzt. Um allen Vertretern des arabischen Raumes Gelegenheit zu geben, sich das deutsche industrielle Schaffen in konzentrierter Form in Kairo, der Drehscheibe dieses Raumes, vor Augen zu führen, wurde der Beschluß zu dieser Ausstellung, der bisher größten Veranstaltung dieser Art nach dem Kriege in Ägypten, gefaßt. Die Deutsche Industrie-Ausstellung ist aber auch zugleich

ein Zeugnis für das Vertrauen, das maßgebende westdeutsche Wirtschaftskreise zu Ägypten und den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens haben, als auch ein Zeugnis ihres Willens, die wirtschaftlichen Beziehungen zur arabischen Welt zu stärken und zu fördern.

Nach vorläufigen Schätzungen wird die Zahl der Besucher aus Deutschland über 2000 betragen, darunter wohl Vertreter aller Ausstellungsfirmen. Für den interessierten Besucher aus Ägypten und den angrenzenden Ländern wird sich daher Gelegenheit ergeben, persönliche Fühlung mit Vertretern der deutschen Industrie zu nehmen. Dieser direkte Kontakt zwischen Kunden und Lieferanten bildet erfahrungsgemäß die beste Grundlage für die Anbahnung und Erweiterung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen. Auch in dieser Beziehung wird der Deutschen Industrie-Ausstellung in Kairo zweifellos ein großer Erfolg beschieden sein. (Dr. A. Degener)

Das menschliche Klima des Nahosthandels

Seit die Phönizier die Fahrt aus dem Mittelmeer hinaus um die Iberische Halbinsel herum bis zum südlichen Britannien wagten, um dort Kupfer einzuhandeln, seit die Venetianer den Levantehandel aufbauten, wissen die Menschen an der Küste des östlichen Mittelmeers und in seinem Hinterland ebenso wie die Bewohner des nordwestlichen Europa, daß ein Geschäftsverkehr untereinander für beide vorteilhaft ist. Obwohl das nordwestliche Europa Grundlagen seiner Religion und Philosophie, einen guten Teil seines künstlerischen Bewußtseins

und seines wissenschaftlichen Denkens, auch manche Form des alltäglichen Lebens von Griechen, Ägyptern, Juden und Arabern übernommen hat und die südöstlich des Mittelmeers gelegenen Länder als Heimat uralter Kulturen achtet — wie umgekehrt „Levante“ und „Orient“ Gedankengut und Lebenstechnik von Europa übernommen haben —, gibt es bei Begegnung und Austausch immer wieder Trübungen der menschlichen Beziehungen, die nicht aus tagespolitischen Reibungen oder Interessengegensätzen zu erklären sind.

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

Völkerpsychologische „Vorstellungen“

Wir maßen uns kein Urteil über die Entstehungsgründe derartiger Trübungen bei unseren Partnern an. Bei uns aber erkennen wir quer über die Grenzen der nordwesteuropäischen Nationen hinweg eine merkwürdige Neigung zur völkerpsychologischen Theorie als einen der Herde des immer wieder entstehenden Mißvergnügens. Wir haben eine Vorstellung vom „Levantine“ oder „Orientalen“, vor dem man geschäftlich „auf der Hut“ sein müsse, seit langem in unserem Denken Heimstatt gewinnen lassen. Eine Untersuchung, woher dieses Zerrbild stammt, ist hier nicht am Platze, es ist sehr alt. Es macht uns jedenfalls unsicher und befangen, weil wir glauben, der orientalischen Raffinesse nicht gewachsen zu sein. Umgekehrt macht es uns auch übermäßig selbstbewußt und herrisch, weil wir in ihm den eindeutigen Schlüssel aller psychologischen Schwierigkeiten zu besitzen glauben. Wir verhalten uns so, wie wir meinen, daß man es von uns erwartet. Das tut der Partner auch. Er benimmt sich oft „orientalisch“ und „levantinisch“, weil er weiß, daß wir das von ihm erwarten.

Wir glauben, etwas vom anderen Arbeitstempo des „Orients“ verstanden zu haben und erziehen uns zu einer niedrigen Erwartung gegenüber den dortigen Leistungen. Haben wir nicht den unendlichen, vor Tagesanbruch beginnenden und tief in die Nacht hinein anhaltenden Fleiß des morgenländischen Oasenbauern gesehen? Vergessen wir, welche Mühe sich der künstlerisch arbeitende Handwerker gibt?

Wir sind überzeugt von der „angeborenen“ Redseligkeit und Überschwenglichkeit des orientalischen Temperaments. Haben wir das geduldige und disziplinierte Schweigen des Orients, seine Würde und innere Sammlung, seine Gelassenheit einmal mit unserer aufgeregten Hast verglichen?

Wir reden ohne sonderliche Achtung von der „fatalistischen“ Schicksalsgläubigkeit des Ostens, seiner angeblichen Fügungsbereitschaft in das Unabänderliche und wundern

uns dann über die dortigen Revolutionen, die tapferen Kämpfe ohne Aussicht, die Widerstandsbereitschaft und den Tatwillen, der gewaltige Stürme auslösen kann.

Wir reden von Schlamperei und Mangel an Organisation und vergessen, daß dort riesige Staatswesen bestanden haben. Wir reden von Händlern und vergessen die Krieger und Bauern. Wir reden von armseligen Hütten und vergessen die kostbaren Paläste. Wir vergessen, daß alles im „Orient“ ebenso vielschichtig und vieldeutig ist wie bei uns, daß es Kuhhandel und Korruption, Faulheit und Wirrnis auch bei uns in Fülle gibt. Daß auch bei uns manche einander oder die Fremden hemmungslos übervorteilen, nur einige ein Muster vornehmer Redlichkeit sind.

Freimachen von Klischees!

Die erste Regel für eine Klima-verbesserung sollte also sein, daß wir uns von allen angelernten Klischees freimachen. In Deutschland haben wir eine merkwürdige Sucht, uns geistig und seelisch auf die Begegnung mit der Fremde vorzubereiten. Wir sind schließlich so vorbereitet, daß keine echte Begegnung mehr stattfindet. Fakten können wir nicht genug wissen, die Meinungen aber, die summierenden Urteile sollten wir beiseite lassen. Wenn wir selbst etwas sind, wird man uns in den landesüblichen Formen die uns zustehende Achtung entgegenbringen und danach sachlich über unsere Offerten mit uns verhandeln. Zunächst müssen wir selbst etwas sein, dann muß unsere Ware in Ordnung sein, dann wird man so mit uns sprechen, wie wir es uns wünschen. Je bescheidener unser Stolz und je stolzer unsere Bescheidenheit ist, desto angenehmer sind wir anderen. Sie werden dann auch uns angenehm sein, das Klima wird sich aufhellen.

Der Entschluß zur unmittelbaren und offenen Begegnung sollte uns leichter fallen, da wir fast allen Völkern am Mittelmeer und in dessen Hinterland als Bewohnern souveräner Staaten gegenüber treten. Wir stoßen auf Marokkaner, Tunesier, Libyer, Ägypter, Sudanesen, Äthiopier, Jemeniten, Bürger des saudischen Arabien, Jordanier, Li-

banesen, Syrier, Iraner, Afghanen. Die Lage ist vorläufig nicht geklärt in Algerien, in manchen Uferstaaten des Persischen Golfs und an der Somaliküste. Unsere Sache ist es nicht, eine Meinung zu diesen ungeklärten Fragen zu äußern, so wenig wir Äußerungen über das Verhältnis zwischen Türken und Griechen, Türken und Arabern, Iranern und Arabern, Arabern und Bürgern Israels, über das künftige Schicksal von Zypern, Malta oder Gibraltar zu machen haben.

Das Individuum und die kollektive Verantwortung

Jeder Besucher aus jedem Land Europas befindet sich damit in der gleichen Lage. Zusätzlich aber gibt es besondere Schwierigkeiten für Deutsche. Diese haben ihre Wurzel zum Teil in der Vergangenheit. Man beglückwünscht den harmlosen Reisenden zu Leistungen, an denen er völlig unbeteiligt war und ist. Er hat weder Staaten aufgebaut noch zerstört, sondern er lebt nach bestem Wissen dort, wo man ihn leben läßt, und kann nicht kollektive Verantwortung für wissenschaftliche, technische, sportliche, künstlerische Großtaten tragen, in denen er als Individuum nicht beteiligt war. Es ist dem deutschen Individuum nicht immer leicht, sich dem Respekt vor den Leistungen anderer zu entziehen. Er soll aber wenigstens diesen Respekt nicht unverdient für sich heischen. Wenn schon von kollektiven Beteiligungen an der Vergangenheit die Rede ist, dann wären aber auch die Passiva zu übernehmen.

Nun kommt der Deutsche gerade im Orient, das bestätigen viele Reisende, in die Lage, daß er dort für Dinge gepriesen wird, die man ihm anderenorts vorwirft, wobei er weder besonderes Lob noch besonderen Tadel in seiner Eigenschaft als Einzelperson verdienen mag. Es kommt wohl vor, daß der Gastgeber dem deutschen Gast eine Freude zu machen glaubt, wenn er ihn zu dem Phänomen Hitler beglückwünscht. Es gibt drei Reaktionsmöglichkeiten: Man stimmt in das für den Neuling unerwartete Lied ein, weil man den Gastgeber nicht kränken will, der es offenbar gut meint; man schweigt

betreten und sucht nach einem verlegenen Ausweg, oder man lehnt diese Art von Kompliment entrüstet ab. Es wäre zweckmäßig, wenn man sich eher Sorge um diese Frage der eigenen „Mentalität“ machen würde als Gedanken über das „orientalische Wesen“. Diese Sorge liegt um so näher, als der einzelne Deutsche sich als Person nicht zerteilen kann in ein Wesen, das zu Hause die dem Staat Israel gegenüber getroffenen Entscheidungen seiner Regierung billigt, und in ein anderes Wesen, das „draußen“ so tut, als habe es diese Billigung vergessen oder nicht so gemeint. Wir beeinträchtigen unsere geschäftlichen Chancen nur, wenn wir so tun, als gebe es einen wesentlichen Teil unseres Schicksals dann nicht, wenn es sich um wirtschaftliche Fragen handelt. Die amerikanische Geradheit und Unbekümmertheit, innere Sicherheit und Freiheit von Ressentiments macht, sobald sie mit höflicher Geschmeidigkeit verbunden wird, Eindruck in Beirut und in Haifa, in Kairo und in Tel Aviv, in Dschidda und in Eilat. Man sollte sich ihre psychologischen Vorbedingungen einmal überlegen.

Schwierigkeiten aus der deutschen Trennung

Die zweite Schwierigkeit für Deutsche kommt aus der Gegenwart und der Zukunft, die sich zwischen Bonn und Pankow, Hannover und Leipzig abspielt. Es ist zuviel verlangt, wenn man vom einzelnen Deutschen erwartet, daß er für sich persönlich nach der Ausreise entscheidet, ob er der sprachlich-historischen Solidarität oder der politisch-gesinnungsmäßi-

gen Haltung den Vorrang zubilligen soll. Wer ist ihm als Geschäftspartner und als Konkurrent lieber: der 10 oder 100 km ostwärts wohnende Deutsche oder der westeuropäische Bundesgenosse, eine Bundesgenossenschaft, die gerade in der arabischen Staatenwelt heute nicht immer als Empfehlung angesehen wird.

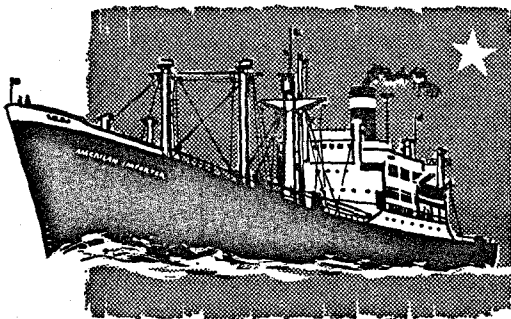
Die Teilung Deutschlands schafft gerade im Orient unausdenkliche psychologische Komplikationen für den einzelnen Kaufmann, selbst wenn er nicht in ein unmittelbares Dilemma gerät. Sie ist gegenwärtig eine Tatsache. Handelspolitische und handelsrechtliche, protokollarische und diplomatische Probleme lassen sich vom einzelnen Kaufmann kaum übersehen.

Auf alle Fälle ist sicher, daß nur eigene Männlichkeit zur Begegnung mit Männern führt, denen zu begegnen es sich lohnt. Eigene Gelassenheit und innere Würde wird entsprechende Partner anziehen. Weder innere Unsicherheit noch ein lautes Betäuben der fatalen Unruhe wird andererseits unbemerkt bleiben. Ein unruhiger Gast aber ist kein angenehmer Gast, ob er die Unruhe nun als Schüchternheit und falsche Demut oder als laute Selbstzufriedenheit tarnt. Uralte Völker, die viele Fremdherrschaften und Teilungen überlebt haben, zeigen Verständnis, wenn der einzelne Besucher aus einem Lande, das heute in ungeklärten Spannungen lebt, auf Rücksichtnahme rechnen muß. (ff-)

Das konjunkturelle Klima nach dem Suezkonflikt

Bis zum offenen Ausbruch des Suezkonfliktes befand sich die Wirtschaft aller vorderasiatischen Erdölländer in einer schnellen Expansion, die in der Hauptsache auf die fortgesetzte Steigerung ihrer Erdölförderung angesichts der anhaltenden Zunahme des Erdölbedarfs sowohl der europäischen als auch der asiatischen und afrikanischen Länder zurückzuführen war. Mit rd. 151,5 Mill. t lag ihre gesamte Erdölförderung vom Januar bis Oktober 1956 um reichlich 15% über dem Ergebnis von Januar bis Oktober 1955, wobei die jährlichen Zuwachsraten von Monat zu Monat sogar noch zunehmende Steigerungen aufwiesen. Auch in der wirtschaftlichen Situation der nicht zu den Ölproduzen-

ten gehörenden Ostmittelmeerländer zeigten sich trotz der Spannungen, die sich aus dem Mißverhältnis höchstgesteckter wirtschaftspolitischer Zielsetzungen und der ihnen gegenüberstehenden tatsächlichen Möglichkeiten ergaben, doch verschiedene Besserungsmerkmale. Dies galt besonders für die Entwicklung des Außenhandels, zu der nicht zuletzt — mit Ausnahme Syriens — die fast durchweg guten Ernteergebnisse ihrer Hauptausfuhrprodukte beigetragen haben. So wies der Export fast aller Nahostländer bis zum Ausbruch des Suezkonfliktes eine steigende Tendenz auf, was diesen Ländern wiederum entsprechend erhöhte Importe an Investitions- und Verbrauchsgütern ermöglichte.



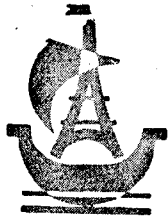
Frachtschnelldienste nach den USA

NACH NEW YORK, BOSTON, PHILADELPHIA, BALTIMORE UND HAMPTON ROADS
WÖCHENTLICHE ABFAHRTEN VON HAMBURG, BREMEN UND BREMERHAVEN
WEITERE DIENSTE VON DEN BENELUX-LÄNDERN, ENGLAND UND FRANKREICH
SOUTH ATLANTIC LINE NACH WILMINGTON, CHARLESTON, SAVANNAH,
JACKSONVILLE, PORT EVERGLADES



HAMBURG,
BALLINDAMM 1, TEL. 321671
BREMEN,
BAHNHOFSTR. 28/30, TEL. 215 61
BREMERHAVEN,
COLUMBUS-KAJE, TEL. 69 51

United States Lines



FOIRE DE PARIS

INTERNATIONALE MESSE IN PARIS 1957

Die Pariser Messe findet statt vom **25. Mai bis 10. Juni 1957**

Als eine der allerbedeutendsten Messen umfaßte sie in den letzten Jahren rund 13000 Aussteller, diese setzten sich aus Firmen der wichtigen technischen Industrien zusammen, deren Stände einen großen Teil des Messegeländes einnahmen, sowie aus sehr vielen Ausstellern der Verbrauchsgüter- und Fertigwarengewerbe.

Messeausweise und Auskunft bei dem Generalrepräsentanten der Messe

Herrn Dr. A. Brauer, Frankfurt a. M., Börse, Eingang B (101)

Fernsprecher 93527 . Auf Grund des Messeausweises gewähren die deutschen und französischen Eisenbahnen 25% Fahrpreismäßigung

Ägypten und Israel

Durch die plötzliche Verschärfung des Suezkonfliktes, die zur Unterbrechung des Schiffsverkehrs durch den Kanal geführt hatte, wurde diese günstige Entwicklungstendenz im November vorigen Jahres jäh unterbrochen. Es liegt in der Natur der Dinge, daß sich diese Unterbrechung vor allem auf die Wirtschaft der unmittelbar am Konflikt beteiligten Länder — Ägypten und Israel — sowie der von der Unterbrechung des Schiffsverkehrs durch den Suezkanal am meisten betroffenen arabischen Erdölländer am stärksten ausgewirkt hat, während die Wirtschaft der übrigen Ostmittelländler davon weniger beeinflußt wurde.

Durch die hohen Militärausgaben bei gleichzeitigem völligen Ausfall jeglicher Einnahmen aus den Kanalgebühren und durch die starke Beeinträchtigung der Ausfuhr wurde vor allem die Wirtschaft Ägyptens auf das schwerste in Mitleidenschaft gezogen. Der hier schon vorher deutlich in Erscheinung getretene inflationäre Trend erfuhr in den letzten Monaten des vergangenen Jahres eine erhebliche Verstärkung. Er führte in Verbindung mit den wegen der immer prekärer werdenden Zahlungsbilanzlage verfügten drastischen Einfuhrbeschränkungen und der daraus resultierenden Mangel-lage zu einem ganz erheblichen Anstieg des gesamten inländischen Preisniveaus. Ähnliches gilt im wesentlichen auch für Israel und Syrien, obwohl sich deren Export im Gegensatz zu Ägypten weiterhin günstig entwickeln konnte. Hingegen wurde die wirtschaftliche Entwicklung im Libanon trotz der Unterbrechung der Erdölaufuhr und des Ausfalls der damit zusammenhängenden Einnahmen bedeutend

weniger beeinträchtigt, zumal hier im Gegensatz zu den vorgenannten Ländern eine inflationäre Entwicklung vermieden werden konnte.

Die Verluste der Erdölproduzenten

Unter den erdölproduzierenden arabischen Ländern wurde durch den Ausbruch des Suezkonfliktes am schwersten die Wirtschaft Iraks getroffen, dessen Erdölausfuhr durch die Zerstörung der zum Mittelmeer führenden Pipelines fast ganz zum Erliegen kam. Dies erzwang eine entsprechende Einschränkung der Erdölausbeute, die nach 3,15 Mill. t im Oktober nur noch 0,74 Mill. t im November, 0,90 Mill. t im Dezember und 0,92 Mill. t im Januar betrug. Weniger stark, aber dennoch beträchtlich waren die Auswirkungen des Suezkonfliktes auf die Erdölausfuhr und -ausbeute in Saudisch-Arabien, wo sie sich nach 4,37 Mill. t im Oktober auf 2,88 Mill. t im November, 2,86 Mill. t im Dezember und 2,74 Mill. t im Januar verringerte, und in Kuwait, wo nach 5,12 Mill. t im Oktober in den folgenden drei Monaten 2,28 bzw. 3,44 bzw. 3,87 Mill. t Erdöl gefördert wurden. Hingegen konnte die Erdölgewinnung Qatars nach einem vorübergehenden Rückgang von 0,53 Mill. t im Oktober auf 0,35 Mill. t im November, im Dezember und Januar mit 0,47 bzw. 0,51 Mill. t praktisch wieder fast auf die normale Höhe gebracht werden. Gerade nach dem Qatar-Öl bestand nämlich dank seiner besonders hervorragenden Qualität weiterhin eine außerordentlich starke Nachfrage, so daß es bevorzugt zur Verfügung gestellt wurde.

Iran konnte sich halten

Im Gegensatz zu den bisher genannten arabischen Erdölländern konnte die Rohölförderung in Iran

im November und Dezember mit 2,13 bzw. 2,17 Mill. t gegenüber 2,21 Mill. t im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober praktisch gehalten werden, da das seinerzeitige Abkommen mit der iranischen Regierung den Erdölgeschäften verbot, die Erdölförderung einzuschränken. Im Januar konnte hier die Erdölausbeute sogar weiter auf 2,73 Mill. t gesteigert werden und damit den Stand vor dem Ausbruch des Erdölkonfliktes im Jahre 1950 wieder erreichen. Dies gelang, da der etwa die Hälfte der gesamten iranischen Erdölausfuhr ausmachende Export nach den asiatischen Ländern durch die Unterbrechung des Suezkanals nicht gestört wurde und sich so erst recht weiter günstig entwickeln konnte. Darüber hinaus werden nunmehr monatlich zusätzlich 400 000 t an die Raffinerien auf den Bahrein-Inseln geliefert, um den Ausfall der saudisch-arabischen Lieferungen dorthin wettzumachen.

Alles in allem waren die durch den Suezkonflikt verursachten Störungen in der normalen wirtschaftlichen Entwicklung der Nahostländer wohl in einzelnen Fällen beträchtlich. Ihrer ganzen Natur nach konnten diese Störungen aber die weitere wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder nur vorübergehend beeinflussen. Denn nach wie vor hängt der wirtschaftliche Aufstieg von der Nachfrageentwicklung, besonders der westeuropäischen Länder, nach ihren Hauptprodukten ab, die auf längere Sicht unverändert günstig zu beurteilen ist. Mit der Entwicklung des Absatzes hängt nämlich auch die Bereitwilligkeit der führenden Industrieländer zur Vornahme der notwendigen Erschließungsinvestitionen zusammen. (v. G.)

Zur Debatte steht: Eine Bereinigung deutsch-niederländischer Streitfragen

In Erwidrerung des Besuches des Bundesministers v. Brentano vom 6. bis 8. März 1956 in Den Haag stattete der Königlich-Niederländische Minister für Auswärtige Angelegenheiten Luns der Bundesregierung am 1. und 2. März 1957 einen Besuch ab.

In einer umfassenden und freimütigen Aussprache wurde von den Ministern eine Reihe der zwischen beiden Staaten schwebenden Fragen erörtert. Die Unterredung soll den Auftakt für ein umfassendes deutsch-niederländisches Abkommen bilden. Die zu klärenden Probleme umfassen u. a. folgende Komplexe: die sogenannte Grenzberichtigung, die Einpolderung von Teilen des Dollart, Bereinigung der Traktatländereienfrage, Abbaurechte im Kohलगrenzgebiet, die sogenannten Auslandsbonds und die Freiheit der Rheinschiffahrt.

Die beiden Außenminister haben bei ihren Verhandlungen in Bonn beschlossen, eine deutsch-niederländische Kommission einzusetzen, die die zwischen den beiden Staaten bestehenden Probleme im Geiste der europäischen Solidarität lösen soll. Die Arbeiten der Kommission und die darauffolgenden deutsch-niederländischen Verhandlungen werden noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Eine endgültige Regelung der vorgenannten Probleme ist also nicht von heute auf morgen zu erwarten.

Zu den zur Sprache gebrachten Problemen gehörten in erster Linie Fragen der sogenannten Grenzberichtigungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden, die zum Teil auf die territorialen Forderungen zurückgehen, die die holländische Regierung im einzelnen in ihren Memoranden vom 28. Oktober

1944, 5. November 1946, 14. und 25. Januar 1947 festgelegt hatte. In diesen Memoranden hatte die niederländische Regierung folgende Forderungen gestellt: Abtretung der gesamten Emsmündung einschließlich der Insel Borkum, des deutschen Teiles des Dollart und eines breiten Grenzstreifens bis nördlich Aachen mit einer Gesamtfläche von 1750 qkm — also etwa in der Größe des Saargebietes — mit rund 140 000 Einwohnern, außerdem die Abtretung von Bergbaukonzessionen (rechts- und linksrheinisch), Einschränkungen der deutschen Gebietshoheit hinsichtlich des innerdeutschen Kanalbaues sowie sonstige Maßnahmen der Verkehrslenkung. Die Memoranden dienten zur Vorbereitung der Konferenz der stellvertretenden Außenminister in London vom 14. Januar bis 25. Februar 1947.

Bei der am 7. Juni 1948 ebenfalls in London stattgefundenen Besprechung über deutsche Fragen, der sogenannten Deutschland-Konferenz, an der Belgien, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und die USA teilnahmen, beschlossen die sechs Regierungen aus verwaltungs- und verkehrstechnischen Gründen noch vor Abschluß eines in der Ferne liegenden Friedensvertrages mit Deutschland „geringfügige Grenzberichtigungen“ vorzusehen und die übrigen Ansprüche einer späteren Untersuchung zu überlassen. Die Vereinbarung (Sechsmächte - Kommuniqué vom 28. März 1949, London) ist am 23. April 1949 in Kraft getreten. Während Belgien und Luxemburg auf Grund deutscher Gegenvorstellungen auf die Eingliederung eines großen Teiles der Gebiete, zu deren Einbeziehung sie durch die Londoner Beschlüsse ermächtigt waren, ausdrücklich verzichtet hat-

ten, blieben die Verhandlungen mit der niederländischen Regierung erfolglos. Holland bestand auf Eingliederung der in Betracht kommenden Gebietsstreifen. Sie wurden auf Grund der vorgenannten Vereinbarung der sechs Mächte durch die britische Militärregierung im Jahre 1949 unter vorläufige niederländische Verwaltung gestellt. Die deutsch-holländische Grenzführung wurde auf diese Weise an 20 Stellen zugunsten der Niederlande geändert.

Bei den Besprechungen am 1. und 2. März 1957 zwischen den beiden Außenministern wurde die Frage der Rückgliederung ehemals deutscher Gebiete in die Bundesrepublik erörtert. Die Bundesregierung erstrebt eine ähnliche Grenzgebietsbereinigung wie sie im Jahre 1956 mit Belgien getroffen wurde. Es ist erklärlich, daß von Seiten der Bundesrepublik der Wunsch besteht, die Gebiete mit deutscher Bevölkerung wiederzugewinnen.

Die holländische Regierung hat bereits seit langer Zeit Pläne zur Einpolderung von Teilen des Dollarts an der Emsmündung ausgearbeitet. Von der Bundesrepublik ist diesem Vorhaben stets Widerstand entgegengesetzt worden, weil es den Zugang zum Hafen von Emden durch Änderung der Stromverhältnisse gefährdet, was eine Verschiebung der Bedeutung von Emden zugunsten holländischer Häfen zur Folge haben würde. Gerade diese Frage ist wiederholt von deutscher Seite behandelt worden. Zum Verständnis dieser niederländischen Forderungen sei darauf hingewiesen, daß die holländische Regierung der Ansicht ist, die westliche Emshälfte unterstehe der niederländischen Territorialhoheit, mit anderen Worten,

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 341015
23 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

daß die Staatshoheitsgrenze zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden in der Strommitte bzw. dem sogenannten Talweg verläuft. Demgegenüber vertritt und vertritt noch heute Deutschland den Standpunkt, daß beide Ufer deutsches Hoheitsgebiet sind, also das gesamte Mündungsgebiet, sowohl das Ostufer — was unbestritten ist — als auch das Westufer. Bekanntlich ist der Busen des Dollart erst im 14. bis 16. Jahrhundert durch Aufstauung des Flußwassers von Süden und durch Springfluten von Norden entstanden. Er hatte eine weit größere Ausdehnung als heute. Im 17. und 18. Jahrhundert wurde er durch Einpolderung von deutscher und niederländischer Seite eingeengt.

Bei der Frage über die Traktatentlandereien handelt es sich um die ehemals in deutschem Besitz befindlichen Grundstücke auf holländischem Boden, die ihren ursprünglichen Eigentümern zurückgegeben werden sollen. Eine Interessengemeinschaft der Traktatgeschädigten protestierte bereits am 1. März 1957 in einem Telegramm an den Bundesaußenminister gegen angebliche Pläne, nach denen die Bundesregierung auf die Rückgabe des deutschen Traktatigentums verzichten will.

Ein weiterer Gegenstand der Besprechungen war auch die Frage der Erweiterung des im Jahre 1920 geschlossenen Vertrages über niederländische Abbaurechte im Erkelenzer und Heinsberger Kohlengebiet. Gegen die Überlassung von Abbaurechten an die niederländische Staatszeche „Beatrix“ protestierte gleichfalls die vorgenannte Interessengemeinschaft der Traktatgeschädigten.

In der Frage der die Niederländer besonders interessierenden Restitutionsansprüche, die sich auf holländische Auslandsbonds, die während des Krieges von Deutschland erworben wurden, beziehen, und die von ursprünglich 200 Mill. auf 100 Mill. Gulden herabgesetzt wurden, sind bislang keine Fortschritte erzielt worden.

Zur Diskussion stand die Frage der ermäßigten Frachttarife auf dem Rhein und die „Freiheit der Rheinschiffahrt“. Die Grundlage des Regimes auf dem Rhein ist die Mannheimer Konvention von 1868, die eine internationale Schiffahrtsfreiheit für den grenzüberschreitenden Verkehr anerkennt. Der Begriff der „Rheinschiffahrt“, deren Freiheit sie regelt, umfaßt nur den internationalen Verkehr und gewährt keinen Anspruch, diesen auch auf den

Binnenverkehr (Cabotage) auszuweiten. Handels- und Schiffahrtsfreiheit sind verschiedene Begriffe. Auf keinen Fall ist Cabotagefreiheit ein wesentlicher Bestandteil der Schiffahrtsfreiheit. Es bleibt den Unterzeichnern der Rheinakte über die Mannheimer Akte hinaus frei, Dritten Vorteile einzuräumen.

Der niederländische Vertreter van Eysinga regte gelegentlich von Besprechungen über eine neue Rheinakte im Jahre 1924 an, die Schiffahrtsfreiheit auch auf die Cabotage auszudehnen, ein Vorschlag, der in dem Wortlaut der Akte keinen Niederschlag gefunden hat. Die niederländische Regierung erstrebt für ihre Rheinflotte die Zulassung zur Ausführung von Transporten innerhalb des deutschen Staatsgebietes, was wirtschaftlich verständlich ist. Die Regierungen der Bundesrepublik und der Niederlande haben in dieser Frage entgegengesetzte Standpunkte eingenommen. Die deutsche Seite ist der Ansicht, daß Cabotage mit der in der Mannheimer Akte verbrieften Freiheit der Rheinschiffahrt unvereinbar sei; die niederländische Seite dagegen weist immer wieder darauf hin, daß auch für die Cabotage das Recht der Freiheit der Rheinschiffahrt zur Anwendung kommen müsse. (L. D.)

Zuschrift: Gemeinsamer Markt und Freihandelszone

Die Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf hat uns folgende Stellungnahme ihres Außenhandelsausschusses zur Ergänzung unserer im Februarheft veröffentlichten Diskussion über Fragen des „Gemeinsamen Marktes“ zur Veröffentlichung zugesandt:

Die schnellstmögliche Realisierung des Gemeinsamen Marktes ist ein dringendes politisches Erfordernis und liegt durchaus im Interesse der Bundesrepublik. Die damit verbundenen, zum Teil sehr schwerwiegenden, wirtschaftlichen Opfer und Belastungen sollten nicht zu einer Ablehnung des „Gemeinsamen Marktes“ veranlassen. Wohl aber erscheint es unerlässlich, die schweren wirtschaftlichen Belastungen dadurch zu mildern, daß gleichzeitig mit dem „Gemeinsamen Markt“ die Europäische Freihandelszone verwirklicht wird.

Der Bundesregierung muß es gelingen, in bezug auf die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone mit den übrigen Partnern des „Gemeinsamen Marktes“ solche Vereinbarungen zu treffen, daß die bestehenden Regelungen zwischen der Bundesrepublik und der Zone in keiner Weise gefährdet werden. Die durch die politische Zerreißung Deutschlands verursachte wirtschaftliche Sonderlage der Zonenrandgebiete macht es notwendig, daß der Bundesregierung in bezug auf erforderliche

Hilfsmaßnahmen für diese Gebiete — wie Frachtvergünstigungen und dergleichen — jede Handlungsfreiheit seitens der übrigen Partner des „Gemeinsamen Marktes“ zugesichert wird.

Der Außenzolltarif

Zu größter Besorgnis gibt die Einführung des sogenannten Außenzolltarifs Anlaß, die eine wesentliche Erhöhung der deutschen Zollbelastung mit sich bringen wird, durch die die preisdämpfenden Effekte der konjunkturpolitischen Zollsenkungsmaßnahmen illusorisch gemacht werden könnten. Es ist darüber hinaus festzustellen, daß die Erhöhung von 70—80% aller Einfuhrzölle die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf anderen Märkten ungünstig be-